

Das europäische Bild
von George Bush
wandelt sich

Neue Konturen

Wolfgang Koydl

Ausgerechnet der *Spiegel*, der in den vergangenen vier Jahren kaum ein gutes Wort über den amerikanischen Präsidenten verlor, wagte es, das Udenkbare nicht nur zu denken, sondern sogar laut auszusprechen: „Könnte Bush Recht haben?“ lautete der Titel zweier Beiträge, welche das Magazin ausgerechnet in jener Woche verbreitete, in der US-Präsident George Bush zum Auftakt seiner zweiten Amtszeit seinen Antrittsbesuch bei den Europäern machte. Die These erschien den Blattmachern indes doch so gewagt und provokativ, dass man sie den Lesern der gedruckten Ausgabe des *Spiegels* vorerst noch nicht zumuten wollte. Beide Artikel erschienen nur im Online-Auftritt der Zeitschrift, darunter in der englischen Version.

Dies hatte freilich zur Folge, dass sie in den USA ein veritables Beben des Erstaunens auslösten: Solche Worte hätte man aus Deutschland wohl zuletzt erwartet. Das *Wall Street Journal* widmete den Überlegungen der deutschen Kollegen denn auch sogar einen eigenen Leitartikel. Das Interesse, das die beiden *Spiegel*-Artikel in den USA weckten, erscheint in der Tat berechtigt. Schließlich hat sich das Magazin schon in der Vergangenheit stets dafür gerühmt, schneller als andere Publikationen neue Trends aufzuspüren und die Parameter des Zeitgeistes neu zu justieren.

Es ist ja wirklich nicht völlig von der Hand zu weisen, dass in Europa allmählich ein neues Bush-Bild Konturen anzunehmen beginnt. Vor, während und nach

der Bush-Reise quollen die Kommentarspalten der europäischen Blätter und die Redevorlagen europäischer Regierungschefs gleichsam über von Andeutungen über einen neuen Stil der US-Administration, einen Stil, der sich vielleicht auch niederschlagen könnte in einer substanzuell neuen Politik. Und Außenministerin Condoleezza Rice, die während der ersten Amtszeit regelrecht als Macht der Finsternis im Lager der amerikanischen Unilateralisten geoutet worden war, vermochte nun Europas führender Herrengarde auch politisch den Kopf zu verdrehen.

In der Tat löste Bush mit seiner Reise nach Brüssel, Mainz und Bratislava, in deren Verlauf er mit seinen heftigsten europäischen Kritikern Jacques Chirac, Gerhard Schröder und Wladimir Putin zusammentraf, ein Wahlkampfversprechen ein, das nicht er, sondern sein Gegenkandidat John Kerry abgegeben hatte. Der demokratische Senator aus Massachusetts hatte gelobt, unmittelbar nach seiner Wahl als Erstes nach Europa zu reisen, um Balsam über die wund geriebenen Bande zwischen den transatlantischen Verbündeten zu legen. Kerry wurde zwar nicht gewählt, aber dafür brach Bush zur Versöhnungstour auf.

Im Grunde genommen geht es freilich gar nicht darum, ob die Welt einen „neuen“ Bush bestaunen durfte oder nur einen „runderneuten“ – frisch lackiert, mit funkelnden Radkappen, aber demselben störrischen alten Getriebe. George Bush ist im Kern derselbe geblieben, das

hat er mit seinen ersten großen Reden seit seinem Amtsantritt am 20. Januar unzweideutig bestätigt: Ob in der Ansprache nach seiner Vereidigung auf der Terrasse des Kapitolgebäudes in Washington, ob bei seiner ersten Rede zur Lage der Nation oder zuletzt bei seiner bejubelten Rede auf dem Marktplatz von Bratislava – immer wieder bekräftigte er, dass er von seiner Agenda keine Abstriche machen werde.

Erkenntnisschübe

Nein, neu an diesem George Bush ist nur der Blick, den die Welt im Allgemeinen und Europa im Besonderen auf ihn wirft. Am Rande der jüngsten Europa-Visite war es spannend mitzuerleben, wie selbst harte Skeptiker – wenn auch widerwillig – Abschied von der lieb gewonnenen Karikatur Bushs als eines schießwütigen Cowboys mit beschränkter Intelligenz zu nehmen beginnen. Zugegeben: Auch der neue Bush, den man nun erkennt, mag vielen nicht gefallen. Als zu eifernd, zu missionarisch, zu heuchelnd empfinden ihn die meisten. Aber zumindest ist dieses differenzierte Bild ehrlicher und somit eine solidere Grundlage für politische Zusammenarbeit.

Das neue Bush-Bild hat sich nur zögernd durchgesetzt. Streng genommen waren es drei deutlich erkennbare Erkenntnisschübe, die dazu führten. Der erste kam in der Wahlnacht des 2. November 2004. Nachdem das kurzlebige Strohfeuer der irreführenden *exit polls* verlodert war, mussten auch europäische Beobachter bestürzt erkennen, dass der amerikanische Wähler nach eigener Interessenlage und nicht nach dem Wunschenken des Auslandes abgestimmt und George Bush überraschend deutlich für eine zweite Periode im Amt bestätigt hatte. Immerhin war damit die quälende Ungewissheit der vorangegangenen Monate gebannt. Europa wusste nun, dass es

weitere vier Jahre mit Bush zusammenleben muss.

Der zweite Erkenntnisschub lässt sich auf den 20. Januar terminieren, als Bush den Amtseid leistete und die erste Rede seiner zweiten Amtsperiode hielt. Wer bis zu diesem Zeitpunkt noch still gehofft hatte, dass man sich vielleicht die nächsten vier Jahre einfach wegducken, die Bush-Zeit gleichsam in einer Art von ausgedehntem Winterschlaf aussitzen könnte, der sah sich rüde eines Besseren belehrt. Denn Bush machte nicht nur deutlich, dass seine Agenda für die zweiten vier Jahre nicht nur sehr viel ehrgeiziger sein würde als im ersten Durchgang; er ließ auch keinen Zweifel daran, dass Amerika entschlossen ist, die Verbündeten in seine globale Demokratie-Kampagne einzuspannen. Wer die Früchte von Freiheit und Demokratie genießt, so lautete die neue Doktrin aus Washington, der hat eine Verpflichtung, diese Segnungen mit anderen, weniger glücklichen Nationen zu teilen.

Der dritte und deutlichste Schub der Erkenntnis ereignete sich am Tag der irakischen Parlamentswahlen. Denn damit regte sich zum ersten Mal in Europas politischer Klasse der schreckliche Verdacht, dass Bush vielleicht doch Recht behalten könnte mit seiner Prognose von einer erfolgreichen Demokratisierung des Nahen Ostens. Die Frage, ob Generationen echter und selbst berufener Nahostexperten unter Umständen geirrt haben könnten, wurde in den darauf folgenden Wochen immer drängender gestellt, als immer neue positive Nachrichten aus Palästina, dem Libanon oder Ägypten drangen.

Es ist freilich höchste Zeit, George Bush ernst zu nehmen. Nicht nur weil er – ausgenommen Katastrophen und Todesfälle – noch bis zum 20. Januar 2009 an dem massigen Eichenschreibtisch vor der gepanzerten Fensterwand im Oval Office sitzen wird. Man muss ihn ernst

nehmen, weil er sich vorgenommen hat, die ihm verbleibende Zeit zu nutzen, um nicht nur sein eigenes Land, sondern auch die Welt nach seinen Vorstellungen grundsätzlich zu verändern. Nur wer ihn ernst nimmt, kann versuchen, an diesem Umbau mitzuwirken. Zurzeit freilich sieht es eher so aus, als ob nur der amerikanische Präsident allein im Besitz eines Bauplanes wäre. Seine Kritiker – sei es daheim in den USA oder draußen in der Welt – beschränken sich bislang darauf, diese Pläne zu bekritteln – ohne jedoch eine eigene Alternative anbieten zu können.

Realistischer Meister der Macht

Von Anfang an war klar, dass Bush dreierlei ist: Er ist ein Moralist, ein Visionär und ein Revolutionär. Nebenbei ist er auch ein Realist und ein machiavellistischer Meister der Macht, aber was Freund und Feind teils abstößt und teils anzieht, sind die ersten Qualitäten. Denn Bush sieht sich nicht als grauen Verwalter der Macht. Er hat Großes vor – und manchmal hat es den Anschein, als ob er sich vom Allmächtigen selbst dazu berufen fühlte. Doch bei alldem ist Bush kein Träumer: Er weiß, wer er ist, was er will und wie er es bekommt. Bislang hat er noch alles erreicht, was er sich einmal vorgenommen hat.

Der 43. Präsident der Vereinigten Staaten will die Welt in einem besseren Zustand hinterlassen, als er sie vorgefunden hat. Noch kein Amtsinhaber vor ihm hat denn auch derart viele Titanenprojekte auf einmal in Angriff genommen – und dabei so viel auf eine Karte gesetzt. Denn Bush ist vor allem auch mutig, so mutig, dass manche ihn als tollkühn bezeichnen würden. Eines ist deshalb schon jetzt klar: Falls Bush scheitern sollte, dann wird er gigantisch scheitern und als einer der verachteten und geschmähten Präsidenten in die Geschichte eingehen. Doch falls er Erfolg hat, wird er als einer der geach-

teten und größten Präsidenten von der Geschichte geehrt werden.

Bush ist sich dieses Risikos selbst sehr wohl bewusst. Ins Oval Office hat er sich eine Büste von Präsident Abraham Lincoln gestellt, dem ersten Republikaner im Amt des US-Präsidenten. Er gilt heute neben dem Republikgründer George Washington als der bedeutendste aller Präsidenten. Doch zu Amtszeiten wurde er noch stärker angefeindet und verächtlich gemacht, als dies mit George W. Bush geschieht. Lincoln aber, und hierin sieht Bush sein Vorbild, wich keinen Fußbreit von seinem für richtig erachteten Kurs ab – und die Geschichte gab ihm Recht.

Ehrgeizige Projekte

Lincolns Jahrhundertprojekte waren die Abschaffung der Sklaverei und die Bewahrung der Vereinigten Staaten als geeinte Nation. Bush hat sich zwei nicht minder ehrgeizige Projekte vorgenommen: Zu Hause will er nichts weniger, als den New Deal zu schleifen, jenes Fundament des amerikanischen Sozialstaates, das der legendäre demokratische Präsident Franklin D. Roosevelt vor einem Dreivierteljahrhundert legte. Bush will das „archaische“ Steuersystem dahingehend reformieren, dass der Staat immer weniger Einnahmen und damit immer weniger Macht und Einfluss auf das Leben seiner Bürger hat. Nebenbei plant er die Abschaffung des Beamtenstandes. Am Ende soll ein neues Verhältnis zwischen Bürokratie und Bürger stehen, in dem der Einzelne von der Vormundschaft des Staates befreit ist – auch wenn manche sich in dieser fürsorglichen Umklammerung vielleicht ganz wohl fühlen. „In 25 Jahren werden die Amerikaner mehr als heute bestimmen, wie sie ihren Ruhestand einrichten, wie sie ihre Gesundheitsvorsorge planen und auf welche Schulen sie ihre Kinder schicken“, schwärmte denn auch David Boaz, der Präsident des libertären Washingtoner

„Cato Institute“, das seit langem eine möglichst große Unabhängigkeit des Einzelnen vom Staat predigt.

Als ob ihn diese innenpolitische Jahrhundertaufgabe nicht auslasten würde, will Bush zudem die ganze Welt mit grenzenloser Freiheit beglücken. Dies ist in der Tat das Leitmotiv seiner Präsidentschaft geworden, und noch ist nicht sicher, über was man sich mehr wundern soll: über die Kühnheit, die Naivität oder den Zynismus seines Vorschlages. Denn was die einen – zumal in Europa – süffisant als amerikanische Hegemonie mit den Mitteln der Demokratie abtun, wird von anderen ja herbeigesehnt – in Kiew, Kabul oder Kurdistan und neuerdings auch in Beirut und Palästina, in Ägypten und in Saudi-Arabien.

Was aber treibt diesen Mann, was macht ihn so unempfindlich für jegliche Zweifel und Kritik? Bush hat erkannt, dass wir in Zeiten großer Umbrüche leben, und er sieht sich vom breiten Strom der Geschichte getragen. Tatsächlich ist ein wesentliches Element dieser Zeitenwende ein Trend zur Demokratie. Er begann vor einem Vierteljahrhundert im alten Europa mit dem Sturz der faschistischen Regime in Spanien, Portugal und Griechenland und fegte durch Asien, Lateinamerika und schließlich durch Osteuropa. Wie Dominosteine kippten Diktaturen, Militärjuntas und Politbüros – von den Philippinen über Paraguay nach Polen. Nun ist, so sieht es Bush, der Nahe Osten an der Reihe. „Das ist Ihr 1989“, rief er den Menschen auf dem Marktplatz von Bratislava zu: Die arabische Welt erhebt sich gegen Unterdrückung und Tyrannei so wie Osteuropa damals im Jahr des Mauerfalls.

Uramerikanische Charakterzüge

Für Bush spricht zudem, dass er insofern eine Ausnahmeerscheinung ist, als er zwei anscheinend gegensätzliche Eigenschaften in sich vereint: den hochgesteck-

ten moralischen Anspruch von Präsidenten wie Woodrow Wilson und Jimmy Carter und die muskulöse Durchsetzungskraft eines Theodore Roosevelt oder Ronald Reagan. Beides sind im Grunde uramerikanische Charakterzüge, die schon einzeln und für sich genommen den Rest der Welt immer genervt haben. Kein Wunder also, dass Bush besonders verhasst und gefürchtet ist, schließlich nimmt er die ganze Welt mit auf seine abenteuerliche Reise.

Aber eigentlich sollte auch etwas anderes Furcht einflößen: Bush, der mit der unbekümmerten Selbstsicherheit eines Teenagers hochexplosive Sprengkörper zu entschärfen sucht, scheint der Einzige weit und breit zu sein, der sich diese Aufgabe überhaupt zutraut. Und diese Sprengkörper müssen unschädlich gemacht werden. Man muss kein Genie sein, um zu erkennen, dass sowohl die Rentensysteme als auch der Nahe Osten rascher und radikaler Antworten bedürfen. Und genauso liegt auf der Hand, dass Bush nicht im Besitz letzter Wahrheiten ist. Auch er kann – und wird – nicht alle oder gar die richtigen Antworten auf alle Fragen kennen.

Umso wichtiger wären indes Alternativvorschläge – einfallsreiche, kühne, unorthodoxe. Doch die sind leider Mangelware. Bush hat vor allem auch deshalb ein so leichtes Spiel, weil ihm im Wettbewerb der Ideen kaum jemand ernsthaft Paroli bietet. Oft genug erschöpfen sich Gegenvorschläge im ängstlichen Festklammern am Status quo – egal ob es um Renten in Amerika oder um Reformen in Arabien geht.

In der innenpolitischen Debatte in den USA führt das dazu, dass die einst anscheinend übermächtige Demokratische Partei unumkehrbar den Weg in einen permanenten Minderheitenstatus eingeschlagen zu haben scheint. In keiner der entscheidenden Debatten, welche die amerikanische Öffentlichkeit bewegen –

Umbau des Sozialstaates, Verhältnis von Staat und Bürger, Rolle der Religion, Sicherheit vor Terroranschlägen, Abtreibung und Stammzellenforschung –, haben führende Demokraten neue Vorschläge eingebracht. Ihre Denkfabriken haben es verpasst, sich rechtzeitig mit den Veränderungen zu befassen, die sich schon in den neunziger Jahren abzuzeichnen begannen.

Anders die Republikaner: Sie haben detailliert ausgearbeitete Konzepte und mittlerweile auch die straffe Organisation und die parlamentarischen Mehrheiten, um diese Pläne umzusetzen. Geduldig, zielstrebig und methodisch unterhöhlen sie dabei die Grundpfeiler, auf denen die Macht der Demokraten bislang beruhte. „Machen wir unsere Politik, weil sie mehr Republikaner schafft“, fragte Grover Norquist, der wichtigste Vordenker der konservativen Revolution, „oder tun wir es, weil es das Richtige ist und nebenbei mehr republikanische Wähler schafft?“ Die Antwort gab er sich gleich selbst: „Aus beiden Gründen.“

Die beharrende, ja bremsende Rolle, welche Amerikas Demokraten daheim spielen, wird im globalen Maßstab von den Europäern eingenommen. Auch sie wissen schon lange, welch gewaltiges zerstörerisches Potenzial sich im Nahen Osten und in Nordafrika zusammenbraut: Terror, Armut, ökonomische und politische Perspektivlosigkeit, unkontrolliertes Bevölkerungswachstum, menschenverachtende Ideologien, Despotie, Willkür und der Versuch undemokratischer Regime und terroristischer Organisationen, sich Zugang zu Massenvernichtungswaffen zu verschaffen.

All dies findet gerade mal eine Flugstunde von Europas südlichen Gestaden statt – doch der einzige Lösungsansatz des Alten Kontinents bestand bislang in dem Versuch, möglichst nicht am Status quo zu rütteln. Die Europäische Union setzt – wie schon während des Kalten

Krieges – auf eine Art von Wandel durch Annäherung. Die verarmten, frustrierten, zorn erfüllten arabischen Völker werden um Geduld gebeten, weil sie „noch nicht reif für die Demokratie und die Selbstbestimmung“ seien. Ist eigentlich niemandem klar, welches Maß an Herablassung, Hochmut und Verachtung aus solchen Worten spricht?

Manchmal lässt sich schwer auseinander halten, wer mehr Angst vor Veränderungen in dieser Region hat: die versteinigten Regime zwischen Rabat, Kairo und Riad oder die europäischen Regierungen in Madrid, Paris oder Berlin. Vor allem Frankreich steht stellvertretend für diese Politik des Nichtstuns – was freilich nicht weiter verwunderlich ist: Die *Grande Nation* klammert sich gleichsam nur noch mit den Fingernägeln verzweifelt an den letzten Resten früherer *gloire* fest. Jede noch so kleine Erschütterung, jede noch so unwesentliche Bewegung kann diesen Griff lockern und Frankreich unvermittelt abrutschen lassen ins ganz normale Mittelmaß.

Doch George Bush will Veränderungen, und er wird sie durchziehen – daheim in den USA ebenso wie im Nahen Osten oder anderswo auf der Welt. Er ist offen für Vorschläge, das hat er mehrmals festgehalten. Man muss sie ihm nur machen. Nur: Wenn er nichts hört außer unkonstruktiver Kritik, dann hat er keine Skrupel, seine Vorstellungen allein durchzusetzen – ohne Rücksicht auf Verbündete, Gegner, Widerstände oder selbst seine eigene Popularität.

Der argentinische Schriftsteller Julio Cortazar verglich den Akt der Revolution einmal mit einem Liebesakt: Wer durchs Schlüsselloch spähe, schrieb er, könne den Vorgang abstoßend, ja gewalttätig finden. „Aber für die zwei im Bett ist es die tollste Sache der Welt.“ Auch Bush wird seine Revolution fortsetzen. Um Späher am Schlüsselloch wird er sich dabei nicht scheren.